



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Federstriche

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Federstriche

Die „Frankfurter Zeitung“ als Lenkerin der öffentlichen Meinung

In der 1911 erschienenen „Geschichte der Frankfurter Zeitung“ wird gesagt, „daß sie (die Zeitung) von Anfang an den Beruf in sich fühlte, nicht so sehr von Parteiwogen sich tragen zu lassen, als geistige Lenkerin der öffentlichen Meinung zu werden“.

Es ist nicht uninteressant, einmal nachzuspüren, in welchem Sinne die Frankfurter Zeitung die öffentliche Meinung zu lenken sich bemühte. Zwei deutsche Zeitungen¹⁾ haben sich in den letzten Wochen der Arbeit unterzogen, in früheren Jahrgängen der Frankfurter Zeitung zu blättern. Es verlohnt sich, einige Stellen herauszugreifen, und man wird finden, daß sich die jeweilige Leitung dieser Zeitung zum Ziele gesetzt hat, den Einheitswillen in Deutschland zu untergraben, das sich regende Nationalbewußtsein zu ersticken, gegen die Oberen zu hegen, das Volk aufzuwiegeln und unter dem Deckmantel demokratischer Bestrebungen fremden Rassen und Völkern Einfluß auf die Geschichte des deutschen Volkes zu verschaffen. Man wird weiter finden, daß die Frankfurter Zeitung nicht kleinlich in der Wahl der Mittel ist, um die öffentliche Meinung zu lenken, wenn es ihr darauf ankommt, die Staatsautorität zu unterhöhlen, daß sie dann unbedenklich den Ausweg wählt, den zu loben, den sie einst geschmäht, kurz, daß ihre Taktik ist, den einen Deutschen gegen den anderen auszuspielen. Das hohe Ziel „Einheit von Reich und Volk“ war von jeher für sie von untergeordneter Bedeutung, solange sie nicht die Möglichkeit sah, dabei ihre undeutschen und feindlichen Interessen dienenden Zwecke zu erfüllen. Einige Beispiele mögen genügen:

I. Bismarck und die deutsche Einigung

Als Bismarck 1862 von König Wilhelm I. an die Spitze des preußischen Staatsministeriums berufen worden war, begrüßte ihn die Frankfurterin mit den Worten:

„Also diese Krautjunker, deren Gesichtskreis durch ihre Rübenfelder beschränkt ist, diese Nachtulenburger einer noch übermanteuffelten Reaktion, diese Kasernenpolterer, deren ganzer rhetorischer Ehrgeiz darin besteht, die Kammer, den Präsidenten und die Glode zu überschreien, diese Schäfer, die hinter der Tür stehen und dann lachend hervorschwänzeln, diese ganze Gesellschaft, die ein sonderbares Gemisch von Unteroffizierswesen, Pietisterei, udermärktischer Grandezza und kladderadatschiger Tollheit ist, soll den Fürsten gut bedienen?“

Nach Bismarcks Entlassung, als es darauf ankam, dem jungen Kaiser die Demokratie geziemend zu empfehlen, schreibt sie, nachdem sie Lassalles vernünftige Gedanken,

„daß die Diener der Fürsten keine Schönredner, aber doch praktische Männer seien, die gleichviel ob mit mehr oder weniger ausgearbeitetem theoretischem Bewußtsein, doch den Instinkt haben, worauf es ankomme“,

mit den Worten abgefertigt hatte:

„Dies ist eine von den groben Schmeicheleien, wie sie aus dem Munde keines wahren Demokraten kommen.“

am 21. März 1890:

„Das ‚Niemals‘ seines Großvaters, dessen Erneuerung ein Organ der Kartellparteien als die einzige Lösung der Kanzlerkrisis, welche die Nation zu beruhigen verlangt hatte, hat Kaiser Wilhelm (II.) nicht ausgesprochen. Fürst Bismarck hat den erbetenen Abschied erhalten und die Nation ist ruhig...“

¹⁾ Hessische Landeszeitung vom 9. Februar 1921 u. f. „Sechs Jahrzehnte demokratische Politik der Frankfurter Zeitung.“ Deutsche Zeitung, Wochenbeilage „Die Waffenschmiede“, deutsch-politisches Archiv.

und am 1. Januar 1891:

„Der Sturz Bismarcks war eine Art Erlösung für Deutschland an Haupt und Gliedern. Persönlichkeit und Tradition, mehr aber noch ein charakterloser Knechtsinn hatte die Machtstellung des ersten Reichskanzlers zu einem Absolutismus gemacht, der unbezwinglich zu sein schien und sich auch als unbezwinglich dünken mochte. Die Nation hatte den Anfang gemacht, diesem Wahn entgegenzutreten, ihr folgte mit einer Entschlossenheit, deren volle Bedeutung erst die spätere Generation würdigen können, die Krone und erfüllte damit eine doppelte Aufgabe: ihre Macht wiederherzustellen und dem Volkswillen Genüge zu leisten.“

Die Einigung der deutschen Stämme am 18. Januar 1871 veranlaßt die Frankfurter Zeitung in einer späteren Betrachtung am 22. Februar 1871 festzustellen:

„Wenn jemals einem Volke statt des verlangten Brotes ein Stein geboten wurde, so geschah dies durch die in solcher Weise erfolgte Wiederherstellung der deutschen Kaiserwürde.“ . . .

Die Süddeutschen werden um 50 Jahre zurückgeworfen, die wichtigsten Resultate ihres Verfassungskampfes werden mit einemmal annulliert.“

Nachdem sie am 3. Dezember 1870 berichtet hatte:

„Fast jedes Zeitungsblatt, das seit der Publikation der Verträge mit Bayern und Württemberg uns zu Händen kommt, bestätigt unsere Bemerkung, daß niemand in Bayern und Württemberg — den Moniteur am Rheinsbache etwa ausgenommen — an dem deutschen Einigungswerke rechte Freude hat.“

fügte sie am 4. Dezember 1870 hinzu:

„Der eben bekannt werdende Vertrag der bayerischen mit der preussischen Regierung wegen Beitritts zum Nordbunde hat wenigstens bei manchem schmerzliches Erstaunen erregt.“

25 Jahre später hat sie dann begonnen, die Bedeutung der damaligen Ereignisse zu erkennen und sie bequemt sich, sie zu würdigen mit den Worten:

„Jedem das Seine, an Preis und Ehren. Zu solcher Feier ist in erster Reihe die deutsche Demokratie berechtigt und berufen, denn sie hat, „ob finstere Nacht, ob heller Sonnenschein“ sich stets zu der Idee der nationalen Einheit bekannt. . .“

Sie meint sogar, es sei

„selbstverständlich, daß aus der Waffenbrüderschaft auch eine politische herauswachsen müßte und also natürlich war es, daß diese Einigung durch Angliederung an den norddeutschen Bund geschehen müsse. Wo die Notwendigkeit gebietet, bedarf es keiner besonderen Überredungskünste.“

Und sie kommt in demselben Aufsatz vom 18. Januar 1896 zu der Ansicht, daß es für Bismarck kein leichtes Werk gewesen sei,

„das er auf seine Schulter nahm, er hatte seine Hauptgegner gerade in dem Lager, aus dem er hervorgegangen war, in dem preussischen Junkertum . . . Es galt für Bismarck, den Widerstand dieser Elemente zu brechen und sich zugleich an die Spitze der nationalen Idee zu setzen, um sich ihre Hilfe zu sichern. Den Boden dafür hatte ihm die wieder-aufftreibende Demokratie bereitet, die ihren Mittelpunkt im Nationalverein fand.“

Diese Ansicht hatte sie aber nicht gehindert, einige Jahre vorher, als das geweckte Nationalbewußtsein sich in Volkskundgebungen gegen die Entlassung Bismarcks regte, am 27. Juli 1892 zu schreiben:

„Diese Tage haben auch auf alle Parteien gewirkt und brachten auch aus dem Lager des Zentrums und der Freisinnigen Ovationsfreudige. Was dabei einen befremdlichen Eindruck macht, ist der Umstand, daß vor dem Gedanken „Träger der nationalen Idee“ alle anderen wichtigen, den Fürsten betreffenden Erwägungen und Erinnerungen zurückgestellt wurden. Bismarck war doch ein gewalttätiger Mann, der allen Parteien und jedem, der nicht seinen Ideen diente, rücksichtslos den Fuß auf den Nacken setzte. Daß diese Tatsache von dem Teil der Bürgerschaft, der in diesen Tagen so begeistert getan hat, ignoriert wurde, ist ein schlimmes Zeichen für die Kraft und das politische Denken der Bürgerschaft.“

Inzwischen haben wir ja in Deutschland reichlich Zeit gehabt, die Bedeutung des Verlassens bismarckscher Politik zu würdigen, und scheinbar ist auch die Frankfurter Zeitung sehr schnell — schneller jedenfalls als man annehmen konnte — anderer Ansicht geworden, denn drei Jahre später ignoriert sie selbst diese Gewalttätigkeiten. Sie spricht am 31. März 1895 von der

„von weiser Voraussicht diktierten Mäßigung“, „die den Grund legte, daß im Jahre 1870 Norddeutschland sich gegen den französischen Friedensbruch erhob, daß wir nicht zum zweiten Male Österreich gegen Preußen in Waffen sahen. Das war das Werk Bismarcks, das war die segensreiche Frucht einer Politik, die beherzt zu treffen und weise zu schonen wußte, wo Großes auf dem Spiele stand...“

Und am 100. Geburtstag des Reichskanzlers, am 1. April 1915 verfeigt sie sich sogar zu der Ansicht, daß durch den Frieden, der dem Weltkriege folgen werde,

„noch reiner als jetzt schon Millionen Deutscher Bismarcks Bild für die ganze Nation historisch, nur noch als das des gewaltigen Vollenders der deutschen Einheit und das des Gründers des Deutschen Reiches dastehen, und er wird, von der Legende verklärt, in Erz und Stein und in dankbarem Gedächtnis kommender Generationen dauern: als der stärkste politische Wille, als der deutscheste Deutsche, als der männlichste Mann. Zu ihm wie zu einem Nationalhelden wenden sich die Gedanken und Herzen von Millionen am 100. Jahrestage seiner Geburt mitten in diesem Kriege, in dem wir innerlich und äußerlich einig, wie als etwas Selbstverständliches, Hunderttausende von Menschenleben und nie geahnte Werte hingeben zum Schutz des Reiches, das er geschaffen hat und das nach ihm und über ihn hinaus so herrlich gediehen ist, daß der Neid und die Furcht der anderen als letzte Quelle für die Koalition der Feinde festzustellen ist, die unsere nationale Existenz jetzt vernichten wollen. Es entspricht in dieser schweren Zeit dem Volksempfinden, daß am 1. April Stadt und Staat und Reich und nicht zuletzt der Kaiser durch einen jungen Prinzen als seinen Vertreter — denn alle anderen stehen im Felde — an Bismarcks Denkmal gemeinsam Kränze der Dankbarkeit niederlegen. Ein Gelöbnis und Bekenntnis liegt in diesem Guldigungsakt, und eine Zuversicht und starke Hoffnung“.

Mit dem Talmisiege der Revolutionen und ihrer Gefolgschaft im November 1918 hat sich dann das Blättchen wieder zum Ausgangspunkt der politischen Verlehrungen der Frankfurter Zeitung gewendet. Jetzt gilt es, alles das in Schmutz und Dreck zu zerren, was einst Deutschland groß gemacht hatte, was die Pläne der Frankfurter Zeitung wirksam durchkreuzt hatte. Nun ist Bismarck wieder lediglich der Gewaltpolitiker; jetzt ist er nicht mehr der gewaltige Vollender der deutschen Einheit, jetzt heißt es (18. Januar 1921):

„Bismarcks Sieg hat den unmöglich gewordenen preußischen Klassenstaat gegen die Natur erhalten und Deutschland darüber zugrunde gehen lassen.“

Wir sehen, daß die Frankfurter Zeitung die öffentliche Meinung lenkt. Historiker, Politiker oder Männer mit staatsmännischem Verständnis scheinen nicht zum engeren Mitarbeiterstab zu gehören; sonst könnte die Bewertung historischer Ereignisse und großer Staatsmänner nicht so wechselnd und gegenteilig sein. Aber die Bewertung spielt bei der Frankfurter Zeitung keine Rolle; der Zweck heiligt die Mittel; ihre Absichten sind immer die gleichen geblieben: Zersetzung des Deutschland mit internationalen Pazifisten und Bertrümmerung der deutschen Einigkeit.

v. S.

